

Koordinierte Makropolitik in der EWU – zur Notwendigkeit und zu den Problemen der Umsetzung

Eckhard Hein

In der wirtschaftspolitischen Debatte über die Ursachen der hohen europäischen Arbeitslosigkeit und die Wege ihrer Reduzierung spielen makroökonomische Perspektiven kaum mehr eine Rolle. Möglichkeiten einer beschäftigungsorientierten Koordination der Makropolitik, d.h. der staatlichen Fiskalpolitik, der Geldpolitik und der Lohnpolitik, werden daher gegenwärtig kaum mehr diskutiert. In diesem Beitrag wird deshalb zum einen der Frage nachgegangen, ob eine solche Vernachlässigung makroökonomischer Ursachen für hohe Arbeitslosigkeit und eine entsprechende Nichtberücksichtigung der Makropolitik und ihrer Koordination theoretisch gerechtfertigt ist. Zum anderen wird untersucht, ob denn der institutionelle Rahmen der Wirtschaftspolitik in der EWU überhaupt eine Koordination der Makropolitik zulässt, wenn man diese für theoretisch geboten hält.

1

Einleitung

Die Diskussion einer koordinierten beschäftigungsorientierten Wirtschaftspolitik sowie der damit verbundenen Probleme in der Europäischen Währungsunion setzt zum einen voraus, überhaupt zu klären, warum die Koordination der Wirtschaftspolitik eine notwendige Bedingung für eine erfolgreiche Beschäftigungspolitik ist. Eine solche Einsicht ist in der Wirtschaftstheorie keine allgemein akzeptierte Erkenntnis, wie ein kurzer Überblick über das „assignment“, die Rollenzuweisung, der Wirtschaftspolitik in verschiedenen theoretischen Ansätzen im ersten Teil dieses Beitrages zeigen wird. Eine auch langfristig bestehende Koordinationsnotwendigkeit ergibt sich demnach nur dann, wenn man akzeptiert, dass in einer Geldwirtschaft das Problem der effektiven Nachfrage sowohl kurzfristig als auch langfristig eine Rolle spielt und dass die verschiedenen wirtschaftspolitischen Akteure (Staat, Zentralbank, Tarifparteien) durch den Einsatz ihrer Instrumente einen gemeinsamen – direkten oder indirekten – und daher zu koordinierenden Einfluss auf die Teilaggregate der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage nehmen. Nur unter diesen Bedingungen ist daher eine Koordination des Mitteleinsatzes im Sinne einer Abstimmung der wirtschaftspolitischen Akteure zwecks Erreichung eines gemeinsamen Zielkataloges (z.B. hohe Beschäftigung, geringe Inflation, Wachstum, gleichmäßige

Verteilung) erforderlich,¹ wobei die Koordination dann insbesondere die Interdependenzen des Mitteleinsatzes berücksichtigt. Geht man hingegen von einer Selbststeuerungsfähigkeit und einer Stabilität des Marktesystems – und damit von der Gültigkeit des Say'schen Gesetzes – aus, so ist ein klares „assignment“, eine klare Rollenzuweisung der Wirtschaftspolitik, zur Erreichung des gesamtwirtschaftlichen Zielkataloges ausreichend.

Die Institutionalisierung der Wirtschaftspolitik, d.h. die den wirtschaftspolitischen Akteuren zugeordneten Instrumente und Ziele, wird nun davon abhängen, ob ein Koordinierungsbedarf in dem obigen Sinne akzeptiert oder ob vielmehr ein klares „assignment“ für ausreichend erachtet wird. Eine kurze Skizze der Institutionalisierung der Wirtschaftspolitik in der EWU im zweiten Teil des Beitrages zeigt, dass diese auf ein klares „assignment“ setzt, eine Koordinationsnotwendigkeit zwischen den Politikträgern negiert und zudem die Einflüsse demokratisch gewählter Körperschaften auf die Wirtschaftspolitik zu minimieren versucht. Teilt man diese Einschätzung im Hinblick auf das gegenwärtige institutionelle Design der Wirtschaftspolitik in der EWU, so sind für eine koordinierte beschäftigungsorientierte Makropolitik erhebliche Reformen der EWU-Institutionen erforderlich. Einige Ansätze solcher Reformen werden daher abschließend im dritten Teil des Beitrages skizziert.

2

Anforderungen an die Koordination der Wirtschaftspolitik in der Wirtschaftstheorie

2.1 MONETARISTISCH-NEUKLASSISCHES „ASSIGNMENT“

Sowohl die neoklassischen und monetaristischen als auch die neuklassischen Varianten der makroökonomischen Theorie

¹ Als gemeinsame Ziele der Wirtschaftspolitik in der Europäischen Union gelten nach dem Vertrag von Maastricht: „(...) eine harmonische ausgewogene Entwicklung des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaft, ein beständiges, nicht-inflationäres und umweltverträgliches Wirtschaftswachstum, einen hohen Grad an Konvergenz der Wirtschaftsleistungen, ein hohes Beschäftigungsniveau, ein hohes Maß an sozialem Schutz, die Hebung der Lebenshaltung und der Lebensqualität, den wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt und die Solidarität zwischen den Mitgliedsstaaten zu fördern“ (Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft in der Fassung vom 7.2.1992, Art. 2).

Dr. Eckhard Hein ist Leiter des Referats Konjunkturforschung und allgemeine Wirtschaftspolitik im WSI in der Hans Böckler Stiftung.

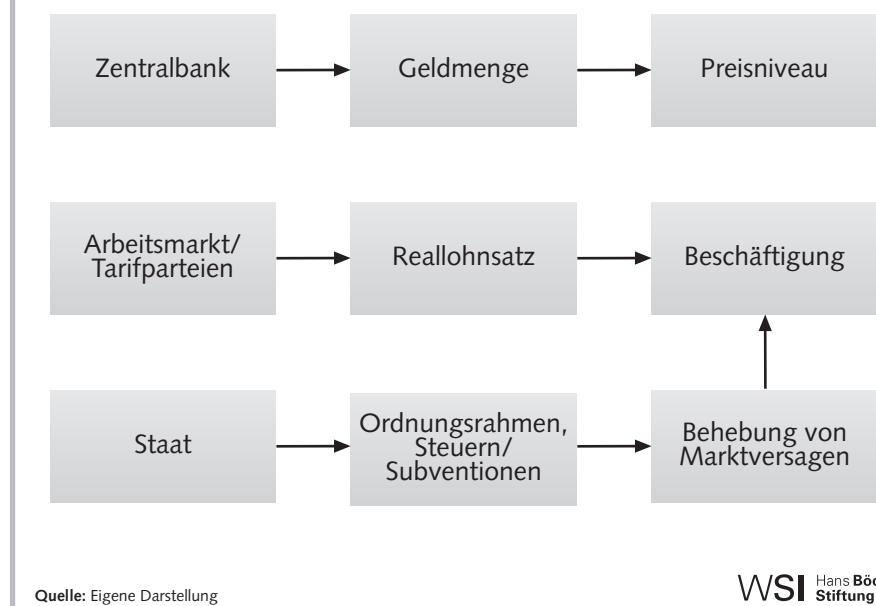
Arbeitsschwerpunkte: Geldpolitik, Einkommensverteilung und Wachstum, Europäische Makropolitik.

e-mail: Eckhard-Hein@boeckler.de

plädieren für ein klares „assignment“ der Wirtschaftspolitik (Snowdon/Vane/Wynarczyk 1994, S. 137 ff.). Ausgehend von der Vorstellung einer stabilen Realtausch-Ökonomie, in der das Saysche Gesetz sowie die „klassische Dichotomie“ von monetärer und realer Sphäre gelten und Inflation daher als ein „monetäres Phänomen“ interpretiert wird, hat die Geldpolitik die alleinige Verantwortung für die Herstellung von Preisniveaustabilität. Kann sie im monetaristischen Modell – bei adaptiven Erwartungen – zumindest kurzfristig auch das Output- und Beschäftigungsniveau beeinflussen, so ist im neuklassischen Modell – mit rationalen Erwartungen im Sinne dieses Modells – auch ein kurzfristiger realer Einfluss ausgeschlossen. Bei geeigneter institutioneller Ausgestaltung kann die Geldpolitik das Ziel der Preisniveaustabilität langfristig (im neuklassischen Modell auch kurzfristig) ohne realwirtschaftliche Kosten in Gestalt höherer Arbeitslosigkeit und geringeren Wachstums erreichen. Der (Real-)Lohnpolitik kommt die alleinige Aufgabe zu, durch Vereinbarung eines Vollbeschäftigungsallohrhnsatzes bzw. einer mit Vollbeschäftigung kompatiblen Reallohnstruktur für Markträumung auf dem Arbeitsmarkt zu sorgen. Der Beschäftigungsgrad einer Ökonomie wird daher ausschließlich auf dem Arbeitsmarkt bestimmt. Der Staat ist für einen anreizkompatiblen Ordnungsrahmen und für die Behebung von Marktversagen zuständig. Eine Verantwortung für Wachstum und Beschäftigung besteht nicht. Ein solches klares „assignment“ macht eine Koordination der Wirtschaftspolitik überflüssig. Die Zuständigkeit und damit auch die Verantwortlichkeit der wirtschaftspolitischen Handlungsträger ist eindeutig geregelt, Interdependenzen beim Mitteleinsatz bestehen nicht.

Diese Sichtweise hat eindeutige Konsequenzen für die Institutionalisierung der Wirtschaftspolitik. Sie impliziert politisch, ökonomisch und personell unabhängige Zentralbanken, die einzige auf die Herstellung von Preisniveaustabilität verpflichtet sind und so die politische Ausbeutung der Zeitinkonsistenz der Geldpolitik und damit den Aufbau von Inflationserwartungen verhindern, eine möglichst weitgehende Beschränkung der Fiskalpolitik, um hier von ausgehende Störungen des Marktprozesses, insbesondere „crowding out“, zu vermeiden, sowie flexible Arbeitsmärkte, auf denen sich der vollbeschäftigungskon-

Abb. 1: Monetaristisch-neuklassisches „assignment“ für eine geschlossene Ökonomie



Quelle: Eigene Darstellung

WSI Hans Böckler Stiftung

forme Gleichgewichtsreallohrhnsatz ohne Beschränkungen einstellen kann.

Das monetaristisch-neuklassische „assignment“ der Wirtschaftspolitik kann jedoch nur für Ein-Gut-Realtausch-Ökonomien Gültigkeit beanspruchen. Keynes (1936) und die nachfolgende post-keynesianische Ökonomie haben gezeigt, dass die klassische Dichotomie und das Saysche Gesetz in einer Geldökonomie nicht mehr gelten. Sobald Geld als Vermögensgegenstand in die Theorie eingeführt wird, dessen Vorschuss für die Einleitung der Produktion erforderlich ist und der die Zahlung eines die Investitionen restriktierenden Zinses impliziert, tritt nämlich das Problem der effektiven Nachfrage auf. Gesparte Einkommensströme werden nicht mehr über eine Variation des Realzinssatzes in Investitionen transformiert, da es in einer mit Unsicherheiten behafteten Geldwirtschaft rationale Gründe gibt, Einkommen bzw. Vermögen liquide zu halten, wodurch Ersparnis kein Kapitalangebot konstitutieren muss. Zum anderen sind in einer Geld- und Kreditökonomie wesentliche Ausgabenströme, wie insbesondere die privaten Investitionen, nicht durch eine vorhergehende Ersparnis, sondern lediglich durch die Relation von erwarteter Profitrate zum wesentlich geldpolitisch bestimmten Zinssatz beschränkt, da über einen entwickelten Geld- und Finanzsektor jederzeit Finanzierungsmittel in Gestalt von Kredit „aus dem

Nichts“ geschöpft werden können (Heine/Herr 1999, S. 315 ff.).

Selbst wenn man jedoch meint, von den Eigenschaften einer Geldökonomie abstrahieren zu können, so haben Sraffa (1960) und die nachfolgende neo-ricardianische Ökonomie nachgewiesen, dass in einer Mehr-Güter-Realtausch-Ökonomie die für das neoklassische Faktormarktgleichgewicht konstitutive stabile inverse Relation zwischen Faktorpreisverhältnis und Faktoreinsatzverhältnis nicht mehr notwendig gilt (Feess 2000, S. 65 ff.; Heine/Herr 1999, S. 234 ff.). Es gibt daher in einer solchen Ökonomie keine Garantie dafür, dass gewinnmaximierende Unternehmen eine Reallohrhnsenkung notwendig mit einer Arbeitsintensivierung der Produktion beantworten. Flexible Faktorpreise sind also keine Garantie für Vollbeschäftigung.

2.2 NEU-KEYNESIANISCHES „ASSIGNMENT“

Neu-keynesianische Autoren gehen davon aus, dass die wirtschaftliche Realität wegen des Vorliegens von Externalitäten, asymmetrischen Informationen und Transaktionskosten von der neo- und neuklassischen Idealwelt der „vollständigen Konkurrenz“ und der „rationalen Erwartungen im Sinne des neuklassischen Modells“ systematisch abweicht (Snowdon/Vane/Wynarczyk 1994, S. 137 ff.). Ausgehend von der Vorstellung einer stabilen Realtausch-Ökonomie, in der das Saysche Gesetz sowie die „klassische Dichotomie“ von monetärer und realer Sphäre gelten und Inflation daher als ein „monetäres Phänomen“ interpretiert wird, hat die Geldpolitik die alleinige Verantwortung für die Herstellung von Preisniveaustabilität. Kann sie im monetaristischen Modell – bei adaptiven Erwartungen – zumindest kurzfristig auch das Output- und Beschäftigungsniveau beeinflussen, so ist im neuklassischen Modell – mit rationalen Erwartungen im Sinne dieses Modells – auch ein kurzfristiger realer Einfluss ausgeschlossen. Bei geeigneter institutioneller Ausgestaltung kann die Geldpolitik das Ziel der Preisniveaustabilität langfristig (im neuklassischen Modell auch kurzfristig) ohne realwirtschaftliche Kosten in Gestalt höherer Arbeitslosigkeit und geringeren Wachstums erreichen. Der (Real-)Lohnpolitik kommt die alleinige Aufgabe zu, durch Vereinbarung eines Vollbeschäftigungsallohrhnsatzes bzw. einer mit Vollbeschäftigung kompatiblen Reallohrhnsstruktur für Markträumung auf dem Arbeitsmarkt zu sorgen. Der Beschäftigungsgrad einer Ökonomie wird daher ausschließlich auf dem Arbeitsmarkt bestimmt. Der Staat ist für einen anreizkompatiblen Ordnungsrahmen und für die Behebung von Marktversagen zuständig. Eine Verantwortung für Wachstum und Beschäftigung besteht nicht. Ein solches klares „assignment“ macht eine Koordination der Wirtschaftspolitik überflüssig. Die Zuständigkeit und damit auch die Verantwortlichkeit der wirtschaftspolitischen Handlungsträger ist eindeutig geregelt, Interdependenzen beim Mitteleinsatz bestehen nicht.

czyk 1994, S. 286 ff.; Lindbeck 1998). Unter diesen Bedingungen würden rational handelnde Individuen selbst Marktrigiditäten herbeiführen. Insider-Outsider-Probleme und Effizienzlöhne verursachen nach unten starre Nominal- oder Reallöhne. Menükosten ziehen inflexible Güterpreise nach sich. Asymmetrische Informationen und – daraus resultierend – „moral hazard“ und „adverse selection“ sind die Ursachen für Kreditrationierungen oder durch „externe Finanzierungsprämien“ verteuerte Fremdkapitalkosten auf den Finanzmärkten. In der kurzen Frist reagieren daher Mengen schneller als Preise, so dass sich das neoklassische Preis-Mengen-Gleichgewicht nicht auf allen Märkten einstellen muss. Wegen der „spillovers“ zwischen den makroökonomischen Märkten kann es daher durchaus zu einem Mangel an aggregierter Nachfrage und einer hierdurch begründeten Unterbeschäftigung im kurzfristigen Gleichgewicht kommen. Die langfristige Gültigkeit des Ssayschen Gesetzes und der klassischen Dichotomie wird jedoch in der Mehrzahl der Arbeiten nicht grundsätzlich in Frage gestellt, so dass die Beschäftigung und damit Arbeitslosigkeit in der langen Frist nur durch Angebotsfaktoren determiniert wird (Mankiw 1992; Blanchard 2000, S. 105 ff.). In einigen theoretischen Arbeiten wird aber auch auf die Pfadabhängigkeit des langfristigen Gleichgewichts verwiesen (Greenwald/Stiglitz 1993). Eine kla-

re Trennung von kurzer und langer Frist ist dann jedoch nicht mehr möglich.

Die gleichgewichtige Beschäftigung wird in der neu-keynesianischen Sicht durch die NAIRU bestimmt, in der sich Arbeitsmarkt- und Gütermarktimperfektionen widerspiegeln (Blanchard 2000, S. 116 ff.). Die NAIRU ist dabei die Arbeitslosenquote, die die Verteilungsansprüche von Lohnabhängigen und Unternehmen wechselseitig kompatibel macht und so nicht zu einer Veränderung der Inflationsrate beiträgt. Wegen der bei unvollständigen Arbeits-, Güter- und Kapitalmärkten vorherrschenden Rigiditäten kann insbesondere die Geldpolitik kurzfristige Wirkungen auf die Beschäftigung haben (Blanchard 2000, S. 501 ff.). Langfristig wirkt sie hingegen nur auf das Preisniveau. Umgekehrt gehen von der Lohnpolitik kurzfristig Wirkungen auf die Inflationsrate aus, nämlich dann, wenn die NAIRU über- oder unterschritten wird. Langfristig werden diese Wirkungen ausgeschlossen, da die gleichgewichtige Arbeitslosenquote hier durch die NAIRU gegeben ist. Auch die Fiskalpolitik kann kurzfristig zur Abfederung von exogenen Schocks beitragen und so die Verfestigung von Arbeitslosigkeit verhindern, solange flexible Marktreaktionen wegen vorherrschender Preisrigiditäten blockiert sind. Hierbei ist jedoch eine Koordination mit der Geldpolitik erforderlich, um inflationäre Spannungen und ge-

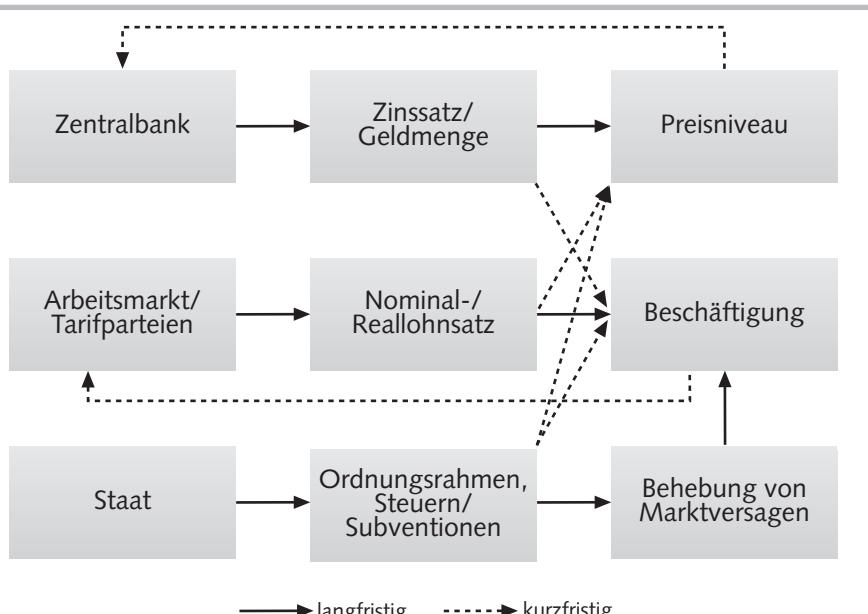
genläufige geldpolitische Eingriffe zu verhindern (Blanchard 2000, S. 518 ff.). Auf Grund der kaum prognostizierbaren Wirkungsverzögerungen der Fiskalpolitik werden jedoch von einigen neu-keynesianischen Autoren kurzfristig diskretionäre Eingriffe abgelehnt, und es wird vielmehr für ein fiskalpolitisches „coarse tuning“ plädiert (Lindbeck 1998).

Wegen der Interdependenz von Lohn-, Geld- und Fiskalpolitik in der kurzen Frist kann auch in neu-keynesianischer Lesart eine Koordination der Politiken sehr wohl zu einer besseren Zielerreichung in der kurzfristigen Betrachtung beitragen. Berücksichtigen Lohnpolitik und Fiskalpolitik mögliche Wirkungen auf die Inflationsrate, so können sie hierdurch die Geldpolitik bei der Stabilisierung einer niedrigen Inflationsrate entlasten. Diese kann unter diesen Bedingungen wiederum ein höheres Beschäftigungsniveau tolerieren.²

Allerdings sehen neu-keynesianische Autoren die wesentliche Aufgabe der staatlichen Wirtschaftspolitik letztlich darin, die Ursachen für Marktversagen zu reduzieren bzw. zu beseitigen. Strukturelle Eingriffe, die dieses Ziel verfolgen, stehen daher im Mittelpunkt der Politikempfehlungen und nehmen hier wegen der größeren Bedeutung von Marktversagen einen weitaus größeren Raum ein als im monetaristisch-neuklassischen Paradigma (Snowdon/Vane/Wynarczyk 1994, S. 325 ff.). Dieser Ansatz schließt daher für Güter-, Arbeits- und Kapitalmärkte alle Maßnahmen zum Abbau von marktbeherrschenden Positionen oder, soweit dies nicht möglich ist (z.B. natürliches Monopol), deren Regulierung genauso ein wie Maßnahmen zur Erhöhung von Markttransparenz, um asymmetrische Informationen und Transaktionskosten abzubauen.

Für den Arbeitsmarkt bedeutet dies zum einen, die Macht von Gewerkschaften und Insidern („Arbeitsplatzbesitzern“) zu reduzieren. Hierzu zählen politische Maßnahmen zum Abbau von Kündigungsschutz, um Einstellungs- und Entlassungskosten zu reduzieren, sowie zur Einschränkung der Möglichkeiten zum Arbeits-

Abb. 2: Neu-keynesianisches „assignment“ für eine geschlossene Ökonomie



Quelle: Eigene Darstellung

WSI Hans Böckler Stiftung

² Die von Kasten/Soskice (2001) für die zukünftige Tarifpolitik in der EU empfohlene Lohnzurückhaltung zwecks Stabilisierung von Beschäftigung setzt auf einen ähnlichen Wirkungskanal, d.h. auf eine Belohnung von Lohnzurückhaltung durch eine expansivere Geldpolitik der EZB.

kampf. Zum anderen sollen die „Marktchancen“ der Outsider erhöht werden, indem deren Humankapital durch Qualifizierungsmaßnahmen aufgewertet und die Mobilität von Arbeitskräften gefördert wird. Die Orientierung von Lohnersatzleistungen an der Arbeitsbereitschaft und -fähigkeit soll zudem den Arbeitsangebotsdruck erhöhen. Höhere Lohnflexibilitäten durch Bindung von Lohnbe standteilen an die Unternehmensgewinne sollen eine höhere Reallohnflexibilität ermöglichen.

Fasst man zusammen, so handelt es sich bei den neu-keynesianischen Politikvorschlägen für den Arbeitsmarkt um Maßnahmen, die die potenziell inflationstreibenden Verteilungsansprüche der abhängig Beschäftigten beschränken und dadurch die NAIRU reduzieren, indem die „employability“ der Arbeitslosen (outsider) gestärkt wird. Eine Reduktion der NAIRU durch Schwächung der Verhandlungsmacht der abhängig Beschäftigten würde größere Spielräume für die Geldpolitik eröffnen, durch eine Senkung des Zinsniveaus die ökonomische Aktivität (Investitionen und Konsum) zu stimulieren, wodurch es dann zu mehr Beschäftigung käme.³

Aus dem neu-keynesianischen „assignment“ ergeben sich nun ähnliche Empfehlungen für die Institutionalisierung von Wirtschaftspolitik wie die aus dem monetaristisch-neuklassischen Paradigma bekannten. Preisniveaustabilität ist am besten über eine politisch, ökonomisch und personell unabhängige Zentralbank zu erzielen, die einzig auf das Ziel der Preisniveaustabilisierung verpflichtet ist. Hierbei wird jedoch auf die Notwendigkeit von symmetrischen Reaktionen bei Zielabweichungen hingewiesen. Diese sind erforderlich, damit eine Reduktion der NAIRU durch die o.g. Interventionen in den Arbeitsmarkt auch effektiv werden kann. Für den Arbeitsmarkt wird eine Verfassung empfohlen, die dort einen möglichst geringen Inflationsdruck erzeugt. Der Fiskalpolitik werden durchaus weitere Spielräume als im monetaristisch-neuklassischen Paradigma zugewiesen, da sie zum einen kurzfristig bei exogenen Schocks stabilisieren kann. Zum anderen sind staatliche Investitionen auch langfristig beschäftigungs- und wachstumsfördernd, wenn sie eine Versorgung in den Bereichen der Humankapitalakkumulation und der Investitionen in Forschung und Entwicklung ausglei-

chen, die sich wegen des Vorliegens positiver externer Effekte privater ökonomischer Aktivität in diesen Bereichen ergibt.⁴

Das wesentliche Problem des neu-keynesianischen „assignments“ ist nun darin zu sehen, dass die für Geldwirtschaften zentrale Bedeutung monetärer Variablen und der effektiven Nachfrage systematisch unterbelichtet wird. Nur hierdurch ist es möglich, die NAIRU als sich langfristig einstellende gleichgewichtige Arbeitslosenquote zu verstehen und die Wirtschaftspolitik auf strukturelle Eingriffe zur Reduktion der NAIRU zu orientieren. Berücksichtigt man hingegen die zentralen Eigenschaften einer Geldwirtschaft, so gibt es keine Veranlassung mehr, die NAIRU als langfristig stabile, gleichgewichtige Arbeitslosenquote zu begreifen. Sie stellt dann lediglich eine durch Verteilungskonflikte gegebene Beschäftigungsgrenze dar (Hein 2001a). Die Deregulierung der Arbeitsmärkte vermag dann zwar diese Beschäftigungsgrenze zu verschieben, wenn die Arbeitslosenquote fällt und die NAIRU zu unterschreiten droht. Deregulierte Arbeitsmärkte können das System hingegen bei steigender Arbeitslosigkeit und Überschreitung der NAIRU auch destabilisieren, indem sie dann eine Tendenz zu fallenden Nominallohnsätzen und damit zu Disinflation und Deflation forcieren. Hierdurch kommt es zu einer Aufwertung der Real schuld der Defizitsektoren der Ökonomie und so zu einer Beeinträchtigung insbesondere der privaten Investitionen. Liegen auf den Gütermärkten Preisrigiditäten nach unten vor, so ziehen fallende Nominallohnsätze zudem einen Rückgang der Reallöhne und damit einen Ausfall an Konsumnachfrage nach sich. In einer Geldökonomie gibt es daher keinen Grund anzunehmen, dass die NAIRU stabil ist und das Gravitationszentrum für die tatsächliche Arbeitslosenquote darstellt. Es ist, wie auch viele empirische Untersuchungen zeigen, vielmehr davon auszugehen, dass die NAIRU selbst der Entwicklung der durch die effektive Nachfrage bestimmten tatsächlichen Arbeitslosenquote folgt (Galbraith 1997; Baker/Schmitt 1999). Die analytische Trennung von kurzer Frist, in der aufgrund von bestimmten, endogen erzeugten Rigiditäten die effektive Nachfrage eine Rolle spielt, und langer Frist, in der wieder das Saysche Gesetz und die Dichotomie von realer und monetärer Sphäre gelten, ist daher nicht aufrecht zu erhalten. Damit aber auch nicht die Fokussierung

der Wirtschaftspolitik auf die vermeintlich langfristig wirkenden Verbesserungen der Angebotsbedingungen, und damit auch nicht mehr ein zumindest langfristig gültiges striktes „assignment“.

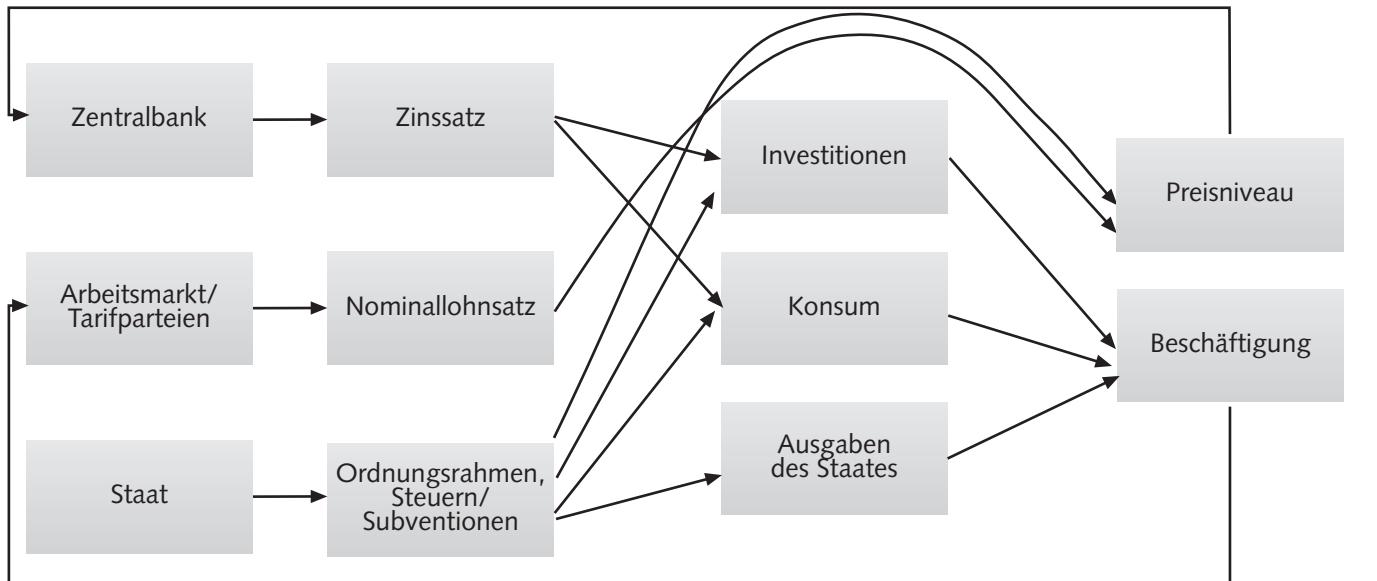
2.3 POST-KEYNESIANISCHES „ASSIGNMENT“

Der allokativtheoretisch motivierten Mainstream-Sichtweise in ihrer monetaristisch-neuklassischen Fassung sowie in ihrer neu-keynesianischen Langfrist-Ausprägung kann eine keynesianisch inspirierte, beschäftigungstheoretische Sichtweise gegenübergestellt werden. In einer Geldökonomie, für die das Saysche Gesetz und die klassische Dichotomie von realer und monetärer Sphäre keine Gültigkeit beanspruchen können, werden demnach Beschäftigung und Wachstum in der kurzen und in der langen Frist durch die Entwicklung der effektiven Nachfrage bestimmt (Arestis 1996; Heine/Herr 1999, S. 315 ff.; Lavoie 1992). Es sind daher die Prozesse auf dem Vermögensmarkt und auf dem Gütermarkt, die kurzfristig über die Höhe der Beschäftigung und langfristig über den Wachstumstrend einer Ökonomie entscheiden. Auf dem Vermögensmarkt wird die Höhe des wesentlich durch die Politik der Zentralbank determinierten monetären Zinssatzes bestimmt. Auf dem Gütermarkt hat dann dieser Zinssatz zusammen mit den Profiterwartungen der Unternehmen einen zentralen Einfluss auf die privaten Investitionen als entscheidende Bestimmungsgröße für effektive Nachfrage, Beschäftigung und Wachstum. Dem Arbeitsmarkt kommt hier kein direkter Einfluss auf das Beschäftigungsniveau mehr zu. Die Nominallohnfindung auf diesem

3 Wie Glyn/Wood (2000) feststellen, ist dies die beschäftigungspolitische Strategie, die von New Labour in Großbritannien verfolgt wird. Auch Arestis/Sawyer (2001) sehen die sozialdemokratische Wirtschaftspolitik des „dritten Weges“ insgesamt als wesentlich neu-keynesianisch im obigen Sinne motiviert.

4 Hierauf hat insbesondere die neue Wachstumstheorie hingewiesen. Da private Investitionen in Humankapital und Forschung und Entwicklung, die in diesen Modellen die gleichgewichtige Wachstumsrate des Systems positiv beeinflussen, wegen des Vorliegens positiver externer Effekte in einem gesellschaftlich nur suboptimalen Umfang stattfinden, besteht hier Anlass für staatliche Interventionen. Vgl. als Überblick über die Ansätze der neuen Wachstumstheorie z.B. Arnold (1995).

Abb. 3: Post-keynesianisches „assignment“ für eine geschlossene Ökonomie



Quelle: Eigene Darstellung

WSI Hans Böckler Stiftung

Markt hat jedoch bei gegebener oder einem exogenen Trend folgender Arbeitsproduktivität einen Einfluss auf die Lohnstückkosten. Bei Mark-up Preissetzung der Unternehmen bestimmt der Nominallohnsatz das Preisniveau in der Ökonomie, solange der Mark-up sich nicht verändert und die hierdurch bestimmte funktionale Einkommensverteilung daher konstant bleibt. Mark-up und funktionale Einkommensverteilung werden selbst entscheidend von der Konkurrenzintensität auf dem Gütermarkt sowie von der relativen Verhandlungsstärke von Gewerkschaften und Unternehmen beeinflusst. Für letztere ist der Beschäftigungsgrad eine wesentliche Determinante.

Für die wirtschaftspolitischen Handlungsträger ergibt sich vor diesem Hintergrund, dass aufgrund der starken Erwartungshypothese insbesondere der privaten Investitionen erhebliche Steuerungsschärfen beim Einsatz der jeweiligen wirtschaftspolitischen Instrumente auftreten. Zudem wirken die Instrumente der Wirtschaftspolitik nicht nur auf eine makroökonomische Zielgröße, sondern es treten in der Regel Zielkonflikte auf. Umgekehrt werden die makroökonomischen Zielvariablen nicht nur von einem wirtschaftspolitischen Akteur beeinflusst, sondern sind das Ergebnis einer Reihe von wirtschaftspolitischen Einflüssen.

So beeinflusst die Zinspolitik der Zentralbank über ihre tendenziell gleichgerichtete Wirkung auf den langfristigen Zinssatz auf den Finanzmärkten die Höhe der privaten Investitionen in der kurzen Frist invers, wobei hier von einer asymmetrischen Wirkung ausgegangen werden kann. Eine Zinssatzerhöhung ist immer in der Lage, einen Anstieg der privaten Investitionen zu stoppen, wenn dieser in einer Boomphase steigende Inflationsraten verursacht. In einer Rezession mit kollabierten Profiterwartungen ist eine Zinssatsenkung cet. par. jedoch keine hinreichende Bedingung für einen erneuten Aufschwung und benötigt daher die Unterstützung durch eine expansive Fiskalpolitik oder eine anziehende Weltkonjunktur. Langfristig können Zinssatzänderungen einen gleichgerichteten Einfluss auf den Mark-up und damit auf die funktionale Einkommensverteilung haben.⁵ Hierüber gehen dann, bei zwischen den funktionalen Einkommensarten differenzierten Konsumquoten, wiederum gegenläufige Einflüsse auf die Konsumnachfrage aus. Die private Konsumnachfrage wird jedoch auch durch die Struktur der staatlichen Steuer- und Sozialpolitik und deren Einfluss auf die Höhe und die Verteilung des verfügbaren Einkommens der privaten Haushalte bestimmt. Das Volumen, die Art der Finanzierung sowie das Timing der staatlichen Ausgaben hat zudem einen entscheidenden direkten Einfluss auf die

effektive Nachfrage auf dem Gütermarkt und hierüber auf die privaten Investitionen und die Beschäftigung.

Die Tarifpolitik hat unter den oben genannten Bedingungen einen bestimmten Effekt auf die Entwicklung des Preisniveaus und somit auf die Zielvariable der Zentralbank. Setzt sie Lohnnerhöhungen über den Verteilungsspielraum aus Produktivitätswachstum und Zielinflationsrate der Zentralbank hinaus durch, so erhöhen sich die Inflationsraten und die Zentralbank wird zur Intervention in Form einer restriktiven Zinspolitik gezwungen. Gelingt es nicht, den o.g. Verteilungsspielraum auszuschöpfen, so sind Disinflation und – bei Preisrigiditäten auf dem Gütermarkt – Umverteilungen zu Lasten der Lohneinkommen die Folgen. Durch die Umverteilung ergeben sich wiederum ne-

⁵ Voraussetzung hierfür ist, dass die Konkurrenzintensität auf Gütermärkten und das relative Kräfteverhältnis von Kapital und Arbeit auf dem Arbeitsmarkt es den Unternehmen ermöglichen, diese Umverteilung durchzusetzen. Gelingt dieses nicht, so gehen Zinssatzerhöhungen zu Lasten der einkühlten Unternehmensgewinne und haben dann keinen restriktiven Einfluss auf die Konsumnachfrage. Vgl. zum Zusammenhang von Zinssätzen, Einkommensverteilung und wirtschaftlicher Entwicklung ausführlicher Hein (1997, S. 237 ff.) und zur Empirie dieses Zusammenhangs Hein/Ochsen (2001).

gative Effekte für die private Konsumnachfrage, die zusammen mit rückläufigen Güterpreisen auch die Profiterwartungen der Unternehmen schmälern, wodurch auch die privaten Investitionen in Mitleidenschaft gezogen werden. Auch eine in Deflation mündende Disinflation hat letztlich wegen der Aufwertung des Realzuldenbestandes des Unternehmenssektors negative Einflüsse auf die privaten Investitionen (Hein 2001a).

Preisniveau und Inflation werden jedoch nur unter der Voraussetzung direkt von der Lohnpolitik beeinflusst, dass von einer Konstanz des Mark-ups in der unternehmerischen Preissetzung ausgegangen werden kann. Nur in diesem Fall kann die Lohnpolitik die funktionale Einkommensverteilung nicht beeinflussen. Der Mark-up selbst hängt aber wiederum von der Konkurrenzintensität auf den Gütermärkten ab. Auf diese hat in einer geschlossenen Wirtschaft nun die staatliche Wettbewerbspolitik einen zentralen Einfluss. Auf diesem Wege kann also auch staatliche Politik die Inflationsrate beeinflussen und so Spielräume für Veränderungen in der funktionalen Einkommensverteilung schaffen, die dann von der Tarifpolitik – entsprechende Kräfteverhältnisse am Arbeitsmarkt vorausgesetzt – genutzt werden können.⁶ Diese Spielräume treten zudem dann auf, wenn durch eine Zinssenkung der minimal erforderliche Mark-up gesenkt wird oder wenn sich in einer offenen Volkswirtschaft die Terms of Trade für das Inland verbessern, sich hierdurch die Importgüter verbilligen und daher die Verteilungsansprüche des Auslandes reduziert werden.

Diese kurze Skizze sollte genügen, um die Interdependenzen der Aktionen der wirtschaftspolitischen Akteure zu verdeutlichen. Eine eindeutige Zuordnung von wirtschaftspolitischem Akteur, eingesetztem Instrument und zu steuernder Zielvariable ist daher nicht möglich. Hieraus ergibt sich zwingend die Anforderung der Koordination des Mitteleinsatzes der wesentlichen Akteure Zentralbank, Staat und Tarifparteien.

Im Rahmen einer koordinierten, beschäftigungsorientierten Wirtschaftspolitik steht die Stabilisierung der Erwartungen der privaten Akteure in einer Welt mit fundamentalen Unsicherheiten im Keynesischen Sinne durch eine mittel- bis langfristige Orientierung der Wirtschaftspolitik im Mittelpunkt, wodurch Marktkonstellationen mit einer hohen effektiven Nachfrage –

und hier insbesondere einer stabilen privaten Investitionsnachfrage – unterstützt werden sollen (Heine/Herr 1998). Hierbei sichert die Nominallohnpolitik durch eine Orientierung am Produktivitätswachstum und an der Zielinflationsrate der Zentralbank den Stabilitätsanker für das Preisniveau und entlastet daher die Geldpolitik bei der Inflationsbekämpfung, verhindert aber auch gesamtwirtschaftlich schädliche Deflationsprozesse. Zudem wird durch eine Produktivitätsorientierung der Lohnpolitik gewährleistet, dass die Konsumnachfrage als größtes Nachfrageaggregat in etwa im Gleichschritt mit der Produktion wächst.

Nimmt die Lohnpolitik ihre Verantwortung für die Stabilisierung des Preisniveaus wahr, so wird die Geldpolitik in die Lage versetzt, einen steigenden Beschäftigungsgrad im ökonomischen Aufschwung zu tolerieren und auf die Einleitung von Stabilisierungskrisen zwecks Verhinderung von Inflation zu verzichten. Die Geldpolitik steht unter diesen Voraussetzungen zudem in der langfristigen Verteilungspolitischen Verantwortung, mit ihrer auf den kurzfristigen Marktzins ziellenden Zinspolitik einen langfristigen Realzins durchzusetzen, der unterhalb der Wachstumsrate der Produktion liegt, um hierdurch eine Einkommensverteilung zugunsten der Vermögensbesitzer zu verhindern, die Investitionen in Realaktiva zu stimulieren und eine Überschuldung der Defizitsektoren der Ökonomie zu vermeiden.

Die staatliche Finanzpolitik sollte konjunkturbedingte Defizite und Überschüsse hinnehmen und auf prozyklische Ausgabenpolitiken, aber auch auf eine kurzfristige, diskretionäre antizyklische Steuerung verzichten. Die Kreditfinanzierung staatlicher Ausgaben sollte mittel- und langfristig auf die staatlichen Investitionen beschränkt bleiben.⁷ Alternativ wäre eine Beschränkung der Kreditfinanzierung staatlicher Ausgaben durch die Anforderung einer Konstanz der staatlichen Schuldenstandsquote denkbar (Priebe 2002). Eine Stärkung der Konsumnachfrage sollte über die Ausgestaltung der Steuer- und Sozialpolitik erfolgen, indem das verfügbare Einkommen der konsumstarken, unteren Einkommensschichten gestärkt wird. Über Wettbewerbspolitik kann der Staat zudem zu einer Senkung des Mark-ups auf Gütermärkten und so zu einer Umverteilung zugunsten der konsumstarken Lohneinkommen beitragen.

3 Ist eine Koordination der Makropolitik bei gegenwärtigem institutionellen Design in der EWU möglich?

Folgt man dem oben skizzierten post-keynesianischen „assignment“ der Wirtschaftspolitik, so steht die Nutzung der sich aus einem großen, relativ geschlossenen Wirtschaftsraum mit einer dem US-Dollar ebenbürtigen Währung ergebenden Spielräume für eine beschäftigungsorientierte Makropolitik im Euro-Raum vor dem Problem der Koordination dieser Wirtschaftspolitik. Dieses Koordinationsproblem ist ein doppeltes. Es umfasst zum einen die Koordination der Politikfelder Geld-, Lohn- und Finanzpolitik in dem o.g. Sinne. Zum anderen schließt es aber ebenfalls die internationale Koordination der weiterhin im nationalen Rahmen verbleibenden Politikfelder Finanz- und Lohnpolitik ein, um hier einerseits makroökonomisch schädliche Steuersenkungswettbewerbe und Lohndumpingprozesse zu vermeiden und andererseits deren Koordinationsfähigkeit im Rahmen einer koordinierten Makropolitik zwischen Geld-, Finanz- und Lohnpolitik auf EWU-Ebene herzustellen.

Die Koordination der Politikfelder steht in Euroland nämlich vor der Schwierigkeit, dass zwar die Geldpolitik für den Euro-Raum zentralisiert erfolgt, ihr aber keine handlungsfähigen Pendants der Lohn- und Finanzpolitik auf dieser Ebene gegenüberstehen. Die personell und institutionell unabhängige Europäische Zentralbank ist mit dem Vertrag von Maastricht (1992) primär auf die Verfolgung des Ziels der Preisniveaustabilisierung verpflichtet und genießt hier sowohl Ziel- als

⁶ Ein weiterer, indirekter Effekt staatlicher Politik auf die Inflationsrate besteht zudem darin, dass Steuern und Abgaben auf Lohneinkommen einen Einfluss auf gewerkschaftliche Nominallohnforderungen und hierdurch auf die Inflationsrate haben können.

⁷ Dies ist freilich nur dann eine Garantie gegen eine Überschuldung der öffentlichen Haushalte, wenn der langfristige Realzinssatz die BIP-Wachstumsrate – bei einer proportional unterstellten Entwicklung von BIP und Steuereinnahmen – nicht übersteigt.

auch Instrumenten-Unabhängigkeit (Heine/Herr 2001).⁸ Eine Unterstützung der anderen wirtschaftspolitischen Ziele der EU soll erst erfolgen, wenn Preisniveaustabilität erreicht ist.⁹ Die EZB (1999) legt hierbei das Inflationsziel mit einem Anstieg des Harmonisierten Verbraucherpreisindexes (HVPI) von mittelfristig unter 2 % sehr restriktiv aus, weil dieser Index die tatsächliche Inflationsrate wegen der Qualitätsverbesserung alter und der Erfindung neuer Produkte tendenziell überzeichnet. Auch waren in der Vergangenheit längere Aufschwungphasen in entwickelten OECD-Ländern mit einer höheren Inflationsrate als 2 % verbunden. Die geldpolitische Strategie der EZB (1999) ist zudem wegen der von ihr verfolgten Zwei-Säulen-Strategie, in der sie zum einen ein Geldmengenwachstum als Referenzwert für ihre Geldpolitik heranzieht, diese aber zum anderen mit einer Beurteilung der Aussichten für die Preisentwicklung auf Grundlage der Entwicklung einer Vielzahl von Faktoren (Löhne, Wechselkurs, Anleihekurse, Zinsstruktur, reale Wirtschaftstätigkeit, fiskalpolitische Indikatoren, Preis- und Kostenindizes, Branchen- und Verbraucherumfragen) begründet, wenig transparent und teilweise widersprüchlich. Die EZB informiert Politik und Öffentlichkeit zwar regelmäßig über ihre Politik, Verpflichtungen zur Kooperation mit Finanz- und Lohnpolitik bestehen jedoch nicht.

Die Tarifpolitiken und Lohnverhandlungssysteme innerhalb des Euro-Raums unterscheiden sich deutlich. Hochgradig koordinierte Systeme (z.B. Deutschland, Niederlande, Österreich) stehen neben unkoordinierten Lohnpolitiken (z.B. Italien, Irland, Portugal, Spanien). Eine grenzüberschreitende Koordination einer am nationalen Produktivitätswachstum und der Zielinflationsrate der EZB orientierten Nominallohnpolitik ist bisher wenig entwickelt (Mesch 2000; Schulten/Bispinck 2001).¹⁰ Hierdurch fehlt der zentralisierten Geldpolitik der „strategische Partner“, so dass auch Aussichten auf eine informell aufeinander abgestimmte Geld- und Lohnpolitik, wie z.B. im Deutschland der 80er Jahre, höchst unwahrscheinlich sind. Wählt die EZB nun trotzdem die geldpolitische Strategie der Deutschen Bundesbank, die asymmetrisch und damit relativ restriktiv auf Zielverfehlungen reagierte, so ist mit einem langfristig deflationären Druck im Euro-Raum zu rechnen, da eine unkoordinierte Lohnpolitik nicht imstande sein

wird, bei hoher und steigender Arbeitslosigkeit den Stabilitätsanker für das Preisniveau zu gewährleisten (Hein 2001a). Der Deflationsdruck kann noch dadurch verschärft werden, dass Länder mit einem Koordinationsvorsprung diesen zur Lohnzurückhaltung gegenüber den europäischen Konkurrenten nutzen und so einen Lohndumpingprozess in Gang setzen oder beschleunigen.

Eine eigenständige Steuer- und Ausgabenpolitik der EU ist derzeit quantitativ zu vernachlässigen.¹¹ Die Finanzpolitik befindet sich daher weiterhin in nationalstaatlicher Verantwortung. Der „Stabilitätspakt“ von Amsterdam (1997) bildet eine stabilitätspolitisch höchst bedenkliche Beschränkung für die nationalen Finanzpolitiken, aber keine effektive internationale beschäftigungsorientierte Koordination (Arestis/McCauley/Sawyer 2001; Semmler 2000).¹² Der Stabilitätspakt sieht für die Mitgliedsländer einen langfristig ausgeglichenen Staatshaushalt vor. Dies bedeutet, dass die öffentlichen Haushalte solange Primärüberschüsse erzielen müssen, wie der öffentlicher Sektor einen Defizitbestand mit den entsprechenden Zinszahlungen aufweist. Bei Überschreiten eines Wertes von 3 % für den Anteil des laufenden Defizits am BIP werden Strafzahlungen fällig, es sei denn, das betroffene Land befindet sich in einer tiefen Rezession mit einem Rückgang des BIP von mehr als 2 %. Mit diesen Regelungen werden die öffentlichen Haushalte der Mitgliedsländer des Euro-Raums letztlich zu einer pro-zyklischen, langfristig deflationären und damit destabilisierenden Fiskalpolitik gezwungen.

Das Beschäftigungskapitel des Amsterdamer Vertrages sowie die folgenden beschäftigungsorientierten Leitlinien (Luxemburg-Prozess, 1997) und die Reformen zur Verbesserung von Innovationsfähigkeit und Markteffizienz (Cardiff-Prozess, 1998) setzen auf die Flexibilisierung der Arbeitsmärkte und eine erhöhte Effizienz der Güter- und Kapitalmärkte, um die hohe Unterbeschäftigung in Europa zu reduzieren (Bogai 1999). Diese Ansätze stehen damit ganz in der Tradition einer allokativ-theoretischen Erklärung von Arbeitslosigkeit, in der letztlich Marktregelungen zum Verursacher von Unterbeschäftigung werden (Heise 1999). Lediglich der auf dem EU-Gipfel in Köln (1999) vereinbarte „Makroökonomische Dialog“ zwischen dem Rat der Wirtschafts- und Finanzminister (ECOFIN-Rat), dem Rat für „Arbeit

und Soziales“, der Europäischen Kommission, der Europäischen Zentralbank und den Tarifvertragsparteien (Köln-Prozess) könnte ein geeignetes Forum der Koordination der Politikträger innerhalb der EWU sein. Ein „euro-keynesianischer“ Ansatz scheint jedoch nach einem „window of opportunity“ (Aust 2000, S. 275) im Jahr 1999 in der derzeitigen wirtschaftspolitischen Diskussion keine allzu große Rolle mehr zu spielen. So sieht z.B. die Europäische Kommission (2001) in ihren „Broad Economic Policy Guidelines“ den Schwerpunkt für die koordinierte Wirtschaftspolitik zwischen den Mitgliedsländern zukünftig vielmehr bei den strukturellen Reformen, die das Wachstumspotenzial erhöhen sollen.

Mit Ausnahme des „Makro-ökonomischen Dialoges“ folgt das bis hierher kurz skizzierte institutionelle Design der Makropolitik im Euro-Raum einem „neu-monetaristischen“ Bild der Wirtschaftspolitik (Arestis/McCauley/Sawyer 2001): Einer demokratisch legitimierten Geld- und Fiskalpolitik wird grundsätzlich misstraut. Beide Politikbereiche müssten daher gegenüber politischen Einflüssen immunisiert werden, indem eine weitgehend unabhängige Zentralbank eingesetzt und die Fiskalpolitik strikten Regeln unterworfen wird. Dahinter verbirgt sich eine Kombination aus neuklassisch-monetaristischem und langfristig neu-keynesianischem „assignment“ für die Wirtschaftspolitik: Fiskal-

8 Zu einer ausführlichen Diskussion der Geldpolitik der EZB vgl. die Beiträge von Philip Arestis und Malcolm Sawyer sowie von Michael Heine und Hansjörg Herr in diesem Heft.

9 So sind die Aufgaben des Europäischen Systems der Zentralbanken (ESZB) im Maastricht-Vertrag wie folgt festgelegt: „Das vorrangige Ziel des ESZB ist es, die Preisstabilität zu gewährleisten. Soweit dies ohne Beeinträchtigung des Ziels der Preisstabilität möglich ist, unterstützt das ESZB die allgemeine Wirtschaftspolitik in der Gemeinschaft, um zur Verwirklichung der in Artikel 2 festgelegten Ziele der Gemeinschaft beizutragen“ (Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft in der Fassung vom 7.2.1992, Art. 105 (1)).

10 Zur Tarifpolitik im Euro-Raum vgl. ausführlich die Beiträge von Thorsten Schulten und Franz Traxler in diesem Heft.

11 Der EU-Haushalt beträgt etwa 1,2 % des BIP der Europäischen Union (Arestis/McCauley/Sawyer 2001).

12 Zu einer ausführlichen Diskussion der Finanzpolitik im Euro-Raum vgl. den Beitrag von Jan Priebe in diesem Heft.

politik ist im Hinblick auf die Beeinflus-
sung von Wachstum und Beschäftigung
langfristig machtlos. Geldpolitik wirkt
langfristig lediglich auf nominale Variab-
len, d.h. Inflation ist ein monetäres Phäno-
men. Für die Höhe der Beschäftigung ist
der Arbeitsmarkt verantwortlich. Die eu-
ropäische Wirtschaftspolitik soll sich daher
auf dort ansetzende Maßnahmen zur Re-
duktion der NAIRU, zur Bekämpfung exo-
gener Schocks und zur Abfederung asyn-
chrone konjunktureller, struktureller sowie
regionaler Entwicklungen konzentrieren.
Dieses institutionelle Design erscheint da-
her für eine koordinierte, beschäftigungs-
orientierte Makropolitik wenig geeignet.
Um eine beschäftigungsorientierte Makro-
politik zu ermöglichen, sind daher institu-
tionelle Reformen in der EWU erforder-
lich. Einige Ansätze sollen im folgenden
Abschnitt abschließend skizziert werden.

4

Ansätze für institutionelle Reformen

Reformen der EWU-Institutionen müssen
zum einen darauf abzielen, die wirtschafts-
politischen Handlungsträger auf die
Berücksichtigung der Interdependenzen
ihres Mitteleinsatzes im Rahmen einer ko-
ordinierten Wirtschaftspolitik für mehr in-
flationsfreies Wachstum und Beschäfti-
gung zu verpflichten. Zum anderen sind
den wirtschaftspolitischen Akteuren hier-
für aber auch die Möglichkeiten und die
notwendigen Institutionen zur Koordinati-
on ihrer Politik zur Verfügung zu stellen.¹³

Für die Geldpolitik der EZB käme es
kurzfristig darauf an, sie zu einem höheren
Maß an Transparenz und Rechtfertigung
ihrer Politik zu zwingen. Mehr Transparenz
der Geldpolitik wäre bei einem Verzicht auf
die Zwei-Säulen Strategie und die Konzen-
tration auf ein Inflationsziel gegeben, das
weniger eng als das gegenwärtige gesetzt
werden sollte. Die prospektive Erreichung
des Inflationsziels sollte durch regelmäßige
Inflationsprognosen öffentlich gemacht
werden. Auf Zielabweichungen sollte die
Geldpolitik symmetrisch reagieren, d.h.
auch eine Unterschreitung des Inflations-
ziels wäre geldpolitisch zu beantworten.
Mehr Transparenz, ein höherer Rechtferti-
gungsdruck und damit eine stärkere
Berücksichtigung anderer wirtschaftspoli-
tischer Ziele als nur der Preisniveaustabi-

lität könnte auch durch die zeitnahe Ver-
öffentlichung der Sitzungsprotokolle des
EZB-Rates erzeugt werden. Langfristig wä-
re über die Erweiterung der Zielvorgaben
für die Geldpolitik nachzudenken, indem
Vollbeschäftigung und Wachstum als
gleichberechtigte Ziele neben das der Preis-
niveaustabilisierung gestellt werden, wie
dies beim US-amerikanischen Federal Re-
serve System der Fall ist.¹⁴

Für die Lohnpolitik wären alle Ansätze
zu fördern und zu unterstützen, die eine
koordinierte Lohnpolitik in Europa vorse-
hen, die sich an den nationalen langfristigen
Produktivitätszuwachsen und der Ziel-
inflationsrate der EZB orientieren. Eine
Orientierung der nationalen Nominal-
lohnzuwächse an Produktivitätswachstum
und Inflationsrate ist mittlerweile Leitlinie
des EGB und der europäischen Zusam-
menschlüsse der Branchengewerkschaften,
wobei hier jedoch meist die tatsächliche
Konsumentenpreisinflation zugrunde ge-
legt wird und nicht die Zielinflationsrate
der Geldpolitik. Die Durchsetzung einer
produktivitätsorientierten Lohnpolitik
wird zum einen von den sozialen und
rechtlichen Faktoren, die die gewerkschaft-
liche Verhandlungsstärke beeinflussen (Orga-
nisationsgrad, Geltungsbereich von Ta-
rifverträgen etc.), und zum anderen von
dem Koordinationsgrad der Tarifverhand-
lungen auf nationaler und transnationaler
Ebene ab. Nicht zuletzt wird die gewerkschaft-
liche Bereitschaft zur Umsetzung ei-
ner auf Inflationsstabilität orientierenden
Lohnpolitik von der Bereitschaft der ande-
ren makropolitischen Akteure abhängen,
eine solche Tarifpolitik durch eine beschäf-
tigungsorientierte Geld- bzw. Fiskalpolitik
zu honorieren.

Für die Fiskalpolitik wäre kurzfristig
auf den in den jeweiligen nationalen Stabi-
litätsprogrammen formulierten Konsoli-
dierungskurs zu verzichten, um angesichts
der gegenwärtigen Wachstumsschwäche/
Rezession die automatischen Stabilisatoren
voll wirken zu lassen. Langfristig wäre auch
der Verzicht auf die Defizitgrenzen des
Amsterdamer Vertrages zu diskutieren, um
den Mitgliedsländern öffentliche Investi-
tionen zur langfristigen Stabilisierung der
effektiven Nachfrage zu ermöglichen. Ver-
schuldungsgrenzen der öffentlichen Haus-
halte könnten stattdessen durch die „goldene
Regel“, d.h. durch die Beschränkung
der Nettokreditaufnahme auf die staat-
lichen Investitionen, oder durch die Anfor-
derung einer Stabilisierung der Schulden-

standsquote vorgegeben werden. Die Fis-
kalpolitik zwischen den Mitgliedsländern
muss zudem koordiniert werden und lang-
fristig muss der EU-Haushalt auf der
Grundlage einer eigenen Steuerbasis deut-
lich erweitert und ihm auch die Mög-
lichkeit der Kreditfinanzierung eingeräumt
werden. Erstens erfordert eine tiefe Rezes-
sion im Euro-Raum einen entsprechend
handlungsfähigen zentralen Haushalt, der
in der Lage ist, die effektive Nachfrage zu
stabilisieren, da von den Haushalten der
einzelnen Länder bei Nicht-Koordination
oder Negativ-Koordination im Sinne des
Stabilitätspaktes eher ein Trittbrettfahrer-
Verhalten erwartet werden kann. Zweitens
sind für den Ausgleich von Entwicklungs-
disparitäten und für die Abfederung asym-
metrischer Schocks erhebliche Finanz-
transfers erforderlich. Für die Bekämpfung
regionaler Disparitäten wäre hier auch an
eine stärkere Heranziehung der Europäi-
schen Investitionsbank für langfristige In-
vestitionsprojekte in weniger entwickelten
Regionen zu denken.

Werden auf diese Weise die Vorausset-
zungen aber auch die Zwänge zu einer ma-
kropolitischen Koordination zwischen den
Akteuren geschaffen, so bedarf es zugleich
einer Institution, die eine Koordination
zwischen den Politikträgern ermöglicht
bzw. erleichtert. Dies könnte u.E. der Mak-
roökonomische Dialog zwischen dem Rat
der Wirtschafts- und Finanzminister
(ECOFIN-Rat), dem Rat für „Arbeit und
Soziales“, der Europäischen Kommission,
der Europäischen Zentralbank und den Ta-
rifvertragsparteien (Köln-Prozess) sein.
Dieser wird allerdings erst dann funktions-
fähig, wenn erstens handlungsfähige wirt-
schaftspolitische Akteure auf EU-Ebene

13 Vgl. zu den Vorschlägen für institutionelle Reformen auch den von Arestis/McCauley/Sawyer (2001) vorgeschlagenen alternativen Stabilitäts-
pakt, dem einige der hier skizzierten Reformvor-
schläge entnommen sind. Eine ausführlichere Dis-
kussion der Vorschläge findet sich in Hein (2001b).

14 So werden die Aufgaben des Federal Reserve
Systems im Amendment von 1977 zum Federal
Reserve Act wie folgt definiert „(...) maintain the
growth of monetary and credit aggregates com-
mensurate with the economy's long-run potential
to increase production, so as to promote effec-
tively the goals of maximum employment, stable
prices, and moderate long-term interest rates“ zi-
tiert nach Meyer 2001, S. 2). Vgl. zu den Aufga-
ben des Federal Reserve System ausführlich Board
of Governors of the Federal Reserve System
(1994).

establiert sind, d.h. das Koordinationsproblem im Bereich der Finanz- und Lohnpolitik gelöst wird, wenn die funktionalen Ak-

teure durch geeignete Regelungen gezwungen werden, die Interdependenzen ihrer Aktionen zu berücksichtigen und sich bei

ihnen die Einsicht durchsetzt, dass Zielvorgaben nur koordiniert erreicht werden können.

LITERATUR

Arestis, P. (1996): Post Keynesian Economics: Towards Coherence, in: Cambridge Journal of Economics, S. 111–135

Arestis, P./McCauley, K./Sawyer, M. (2001): An Alternative Stability Pact for the European Union, in: Cambridge Journal of Economics, S. 113–130

Arestis, P./Sawyer, M. (2001): The Economic Analysis Underlying the „Third Way“, in: New Political Economy, S. 255–278

Arnold, L. (1995): Neue Wachstumstheorie: Ein Überblick, in: ifo-Studien, S. 409–444

Aust, A. (2000): „Dritter Weg“ oder „Eurokeynesianismus“? Zur Entwicklung der Europäischen Beschäftigungspolitik seit dem Amsterdamer Vertrag, in: Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaften, S. 269–283

Baker, D./Schmitt, J. (1999): Die makroökonomischen Wurzeln der hohen Arbeitslosigkeit in Europa, in: WSI Mitteilungen 12, S. 839–850

Blanchard, O. (2000): Macroeconomics, 2. Aufl., London

Board of Governors of the Federal Reserve System (1994): The Federal Reserve System. Purposes & Functions, Washington D.C.

Bogai, D. (1999): Europäisierung der Beschäftigungspolitik?, in: Wirtschaftsdienst X, S. 555–561

Europäische Kommission (2001): EMU: The First Two Years, Euro Papers 42, March

EZB (1999): Die stabilitätsorientierte geldpolitische Strategie des Eurosystems, in: Europäische Zentralbank, Monatsbericht Januar, S. 43–56

Feeß, E. (2000): Grundzüge der neoricardianischen Preis- und Verteilungstheorie, Marburg

Galbraith, J.K. (1997): Time to Ditch the NAIRU, in: Journal of Economic Perspectives, S. 93–108

Glyn, A./Wood, A. (2000): Die Wirtschaftspolitik von New Labour, in: Hein, E./Truger, A. (Hrsg.), Perspektiven sozialdemokratischer Wirtschaftspolitik in Europa, Marburg, S. 51–88

Greenwald, B./Stiglitz, J. (1993): New and Old Keynesians, in: Journal of Economic Perspectives, S. 23–44

Hein, E. (1997): Geld, effektive Nachfrage und Kapitalakkumulation. Eine Betrachtung aus Marxscher, Keynesscher und post-keynesianischer Perspektive, Berlin

Hein, E. (2001a): Institutions and Macroeconomic Performance: Central Bank Independence, Labour Market Institutions and the Perspectives for Inflation and Employment in the European Monetary Union, WSI – Discussion Paper No. 95, Düsseldorf

Hein, E. (2001b): Beschäftigungsorientierte Wirtschaftspolitik in der EU – zur Notwendigkeit institutioneller Reformen, in: WSI Mitteilungen 7, S. 450–457

Hein, E./Ochsen, C. (2001): Regimes of Interest Rates, Income Shares, Savings, and Investment: A Kaleckian Model and Empirical Estimations for some Advanced OECD-Economies, Carl von Ossietzky Universität Oldenburg, Wirtschaftswissenschaftliche Diskussionsbeiträge, V-218-01, März

Heine, M./Herr, H. (1998): Keynesianische Wirtschaftspolitik – Mißverständnisse und Ansatzpunkte, in: Heise, A. (Hrsg.), Renaissance der Makroökonomik, Marburg, S. 51–82

Heine, M./Herr, H. (1999): Volkswirtschaftslehre, München

Heine, M./Herr, H. (2001): Das Eurosystem: Eine paradigmorientierte Darstellung und kritische Würdigung der europäischen Geldpolitik, Auftragsstudie der GUE/HGL-Fraktion des Europäischen Parlaments, Berlin

Heise, A. (1999): Perspektiven der Makropolitik im Euroland, in: ders. (Hrsg.), Makropolitik zwischen Nationalstaat und Europäischer Union, Marburg, S. 193–208

Kasten, G./Soskice, D. (2001): Europäische Beschäftigungspolitik. Möglichkeiten und Grenzen, Marburg

Keynes, J.M. (1936): The General Theory of Employment, Interest, and Money, The Collected Writings of J.M. Keynes, Vol. VII, London, Basingstoke 1973

Lavoie, M. (1992): Foundations of Post-Keynesian Economic Analysis, Aldershot

Lindbeck, A. (1998): New Keynesianism and Aggregate Economic Activity, in: The Economic Journal, S. 167–180

Mankiw, N.G. (1992): The Reincarnation of Keynesian Economics, in: European Economic Review, S. 559–565

Meyer, L.H. (2001): Inflation Targets and Inflation Targeting, in: Federal Reserve Bank of St. Louis Review 6, S. 1–13

Mesch, M. (2000): Vom Wettbewerbskorporatismus zur transnationalen Koordination der Lohnpolitik in der EU? (Teil 2), in: Wirtschaft und Gesellschaft, S. 7–63

Priewe, J. (2002): Fiskalpolitik in einem makroökonomischen Wachstums- und Beschäftigungskonzept, in: Truger, A./Welzmüller, R. (Hrsg.), Chancen der Währungsunion nutzen. Koordinierte Politik für Beschäftigung und moderne Infrastruktur, Düsseldorf, S. 75–104

Schulzen, T./Bispinck, R. (Hrsg.) (2001): Collective Bargaining under the Euro. Experiences from the European Metal Industry, Brüssel

Semmler, W. (2000): The European Monetary Union: Success or Failure?, in: Political Economy. Review of Political Economy and Social Sciences 7, Autumn, S. 5–24

Snowdon, B./Vane, H./Wynarczyk, P. (1994): A Modern Guide to Macroeconomics. An Introduction to Competing Schools of Thought, Cheltenham

Sraffa, P. (1960): Production of Commodities by Means of Commodities, Cambridge